trahenten der Tarifverträge sein könnten. Daß die Arbeiterräte und die auf ihnen aufgebaute Organisation an die Stelle der Gewerkschaften treten sollen, scheint mir nach den Motiven, von denen sich die Regierung bei dem Abkommen leiten ließ, durchaus unwahrscheinlich. Man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaften, die praktische Realpolitik treiben, den radikalisierten Arbeitern im Innersten zuwider sind, und bei der Politik, die die Regierung treibt, ist es fast selbstverständlich, daß sie dieser Strömung Rechnung tragen wollte. Die Radikalen wissen sehr wohl, daß ihnen gerade die Gewerkschaften bei ihren besonderen Zielen am meisten im Wege stehen — und deshalb der Haß.

Die Gewerkschaften haben alle Ursache, wie das auch ein so erfahrener Mann wie Legien z. B. getan hat, den Plänen der Regierung entgegenzutreten, wollen sie sich nicht selbst aufgeben. Und wie wird sich der Arbeitgeber dazu stellen? Für den Unternehmer ist der Standpunkt von vornherein gegeben. Einmal darf und kann er nicht von den einmal getroffenen Vereinbarungen zurücktreten oder sie außer acht lassen. Das müßte er aber, wenn er nunmehr die „Räte" als die berufene Vertretung der Arbeitnehmer anerkennen wollte. Anlaß zum Rücktritt dürfte für ihn um so weniger vorliegen, als jenes Abkommen mit den Gewerkschaften unter ausdrücklicher Zustimmung des Rates der Volksbeauftragten erfolgt ist. Aber für alle Beteiligten gilt es, daß der Radikalismus, der in den Räten sein Instrument durchsetzen will, die Volkswirtschaft völlig zugrunde richten muß, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Ein einziger Blick in die zerstörte russische Wirtschaft sagt alles. Der soziale Kampf wäre in Permanenz erklärt. Jeder Arbeitgeber, der ernsthaft wünscht, mit seinen Arbeitern in Ruhe und Frieden zu leben, müßte die Ausschaltung der Gewerkschaften aufs tiefste bedauern. Diese werden im allgemeinen von Männern geleitet, die in langjähriger Tätigkeit einen tiefen Einblick in unser Wirtschaftsleben getan haben, und die die Zusammenhänge, die zwischen dem Gedeihen der Industrie und dem Wohlergehen der Arbeiter bestehen, sehr gut erkannt haben. Sie lassen sich nicht durch leere Phrasen von dem einmal als richtig erkannten Weg abbringen und von den Radikalen einschüchtern — die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den wilden Streiks beweist das ja zur Genüge. Die radikalsten Elemente würden zweifellos durch die Ausschaltung der Gewerkschaften Oberwasser gewinnen — zum Schaden der Arbeiterschaft. Ich habe im obigen ganz allgemein von Gewerkschaften gesprochen, ohne eine der verschiedenen Richtungen auszunehmen, denn jede Gewerkschaft muß dem Unternehmer gegenüber gleichberechtigt sein. Deshalb darf eine Arbeitgeberorganisation sich auch nicht dazu verstehen, eine oder die andre Gewerkschaft von den gemeinsamen Verhandlungen auszuschließen — wie es schon von Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen verlangt worden ist. Die Ausschaltung der Gewerkschaften findet ihre Krönung in der Oberorganisation der Arbeiterräte.

„Für bestimmte Direktorialbezirke werden Bezirksarbeiterräte und für das ganze Reich ein Zentralarbeitsrat (Arbeitskammern) gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeitsräten sollen alle Selbstarbeitlestenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufe usw. vertreten sein. Diese Räte sollen bei Sozialisierungsmaßnahmen mitwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbszweige heranzuziehen. Sie haben des weiteren alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und Sozialisierungsgesetze hören." Mit dieser Bestimmung ist das „Rätesystem" als politisches und behördliches Organ ausgebaut. Neben die beiden bisher vorgesehenen Kammern tritt noch eine weitere hinzu. Sie hat zwar nur eine beratende Stimme, aber niemand weiß, wie sich diese Einrichtung entwickeln wird. Für die Bezirksräte gibt es bereits ein Beispiel. Mit Verordnung vom 8. Februar d. J. ist die Errichtung von Arbeitskammern für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets und Oberschlesien angeordnet worden. Das hinter Bezirksarbeiterräte in Klammern beigesetzte Wort „Arbeitskammern" läßt darauf schließen, daß man sich deren Organisation und Aufgaben ähnlich denen der Arbeitskammern in den Kohlengebieten denkt. Sicher ist das allerdings nicht, besonders wenn man den Wortlaut der beiden Verordnungen in Betracht zieht. Die Arbeitskammerverordnung ist vom 8. Februar und das Abkommen vom 15. März. Wie oft und wie sehr kann sich während dieser Zeit die Auffassung der Regierung unter dem Druck der politischen Verhältnisse geändert haben. In den Räten sind zwar auch die Arbeitgeber und freien Berufe vertreten, es kommt aber sehr darauf an, in welchem Verhältnis. In der Arbeitskammerverordnung heißt es, daß die Mitglieder zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitnehmern entnommen werden. Soll das auch bei den Bezirks- und Zentralräten so werden? Die Frage ist berechtigt, denn die genannten „Räte" sind politische Einrichtungen. Der Gedanke liegt doch sehr nahe, daß man auch auf diese das gleiche Wahlrecht angewendet wissen will wie bei den übrigen parlamentarischen Körperschaften. Die Aufgabe der Bezirks- und Zentralräte besteht zunächst in der Mitwirkung bei Sozialisierungsmaßnahmen. Leider hat weder die Nationalversammlung noch die Regierung gesagt, was sie unter Sozialisierung versteht. Manche meinen, sie wüßten es selbst nicht ganz genau. Nun ist in der Arbeitskammerverordnung so etwas wie eine Definition von Sozialisierung enthalten, wonach darunter „umfassende Beeinflussung durch das Reich und eine Beteiligung der Volksgesamtheit an den Erträgen" seinzelner Zweige der Volkswirtschaft oder dieser selbst) zu verstehen wäre. Sollen nun die Bezirksräte, wie es in der Arbeitskammerverordnung geschehen ist, nach Fachgruppen gegliedert werden und dementsprechend auch die Zentralräte? Es ist anzunehmen, daß dies die Absicht der Regierung ist. Wir werden dann also Vorderte von Bezirks- oder Direktorialräten und für jeden Gewerbszweig auch einen Zentralrat haben. Sollen deren Aufgaben jedesmal durch eine besondere Verordnung umschrieben werden oder sollen sie allgemein die gleichen sein, wie in der Arbeitskammerverordnung des Kohlenbergbaues ausgesprochen? In diesem Falle wäre die beschlossene Sozialisierung der gesamten Volkswirtschaft im obigen Sinne Vorbedingung. Ist diese aber nicht gegeben, so würden nur für die Gewerbezweige Bezirks- und Zentralräte geschaffen, die zur Sozialisierung durch Gesetz bestimmt sind. Wir gestehen: ist oder wäre die Einrichtung so gedacht, bekämen diese Räte ein andres Gesicht. Hält sich die Sozialisierung in dem Rahmen, den wir früher als annehmbar bezeichnet haben, so kann man sich auch mit den Bezirksräten abfinden. Ein abschließendes Urteil ist natürlich angesichts des geringen Materials und der Unklarheit, die in Regierungskreisen besteht, nicht möglich.

Die gleichen Fragen wie bei den Bezirksräten erheben sich natürlich auch bei dem Zentralrat oder den Zentralräten, und was für jene gilt, gilt auch für diese. Ist die Einrichtung anders gedacht als zuletzt angeführt, so ist eine ungeheure Machtfülle in die Hand dieser „Räte" gelegt, zumal sie auch noch zur Kontrolle „sozialisierter" Betriebe und Gewerbezweige herangezogen sind. Selbst wenn sich das letztere nur auf „verstaatlichte" Betriebe beziehen würde, würden sie die Möglichkeit haben, unser Wirtschaftsleben dauernd in Unruhe zu halten. Der Zentralrat hätte doppelte Eigenschaften: er wäre Behörde und Parlament eine Mischung, die zu allen möglichen Konsequenzen und Willkürlichkeiten führen müßte. Er würde dauernd einen Druck auf die beiden andern Kammern ausüben, der sich in einer ganz bestimmten Richtung bewegt. Der Zentralrat würde mit außerordentlichen verfassungsmäßigen Vollmachten die Interessen einer einzelnen „Klasse" vertreten. Die Diktatur des Proletariats, die weit entfernt von jeder Demokratie ist, würde auf diese Weise Wirklichkeit, denn die Nationalversammlung müßte sich dem Befehl des Zentralrates in vielen Fällen beugen. Der Umstand, daß auch Unternehmer vielleicht sogar paritätisch in dieser Körperschaft vertreten sind, würde an diesen Dingen nicht viel ändern. Käme kein Beschluß zwischen beiden Teilen zustande, so müßte eben jeder getrennt vorgehen und seine Ansicht der Nationalversammlung äußern, und welcher Teil der stärkere wäre, ist nicht zweifelhaft.

Auf die wirtschaftlichen Folgen einer derartigen Einrichtung hinzuweisen, ist kaum nötig; sie ergeben sich von selbst. Die Volkswirtschaft würde aus dem Experimentieren nicht herauskommen, bis sie vollständig vernichtet wäre. Jeder Unternehmungsgeist, jede Freude am Arbeiten würde schwinden, denn der Unternehmer weiß ja keinen Augenblick, wann er oder sein Gewerbezweig dem gemeinwirtschaftlichen „Verständnis" des Zufalls zum Opfer fallen wird. Daß durch die einseitige Interessenvertretung auch der soziale Friede alles andre als gefördert würde, braucht nicht besonders betont zu werden, ebensowenig wie ihn der Klassenkampf gefördert hat.

Mit dem Zentralrat wird eine Entwicklung vernichtet, die in der letzten Zeit recht vielversprechend eingesetzt hat — die Gründung von Arbeitsgemeinschaften und letzten Endes die Schaffung eines Industrieparlaments. Die ersteren beginnt zwar das Abkommen, aber wir werden gleich sehen, daß der Begriff Arbeitsgemeinschaft einen andern Inhalt bekommen hat. In allen Industrie- und Erwerbszweigen sollen nämlich Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellte und die Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken sollen. Die Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaften soll die Kontrolle und Regelung der Produktion und der Warenverteilung sein.

Gegen Ende des verflossenen Jahres ist eine „Arbeitsgemeinschaft" zwischen den Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet worden. Ihre Satzungen besagen in der Einleitung: „Durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unsrer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, schließen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen." Der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft war oder ist die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Es würde zu weit führen, auf diese Arbeitsgemeinschaft im einzelnen einzugehen, nur das sei erwähnt, daß deren Organe paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein sollen.

Wäre nun ein Nebeneinander dieser beiden so verschiedenen Arbeitsgemeinschaften möglich? Wir müssen diese Frage leider verneinen. Zunächst muß eines betont werden: Ebensowenig wie über die Zusammensetzung des Zentralrats ist von der der Arbeitsgemeinschaft etwas gesagt. Darauf wird es aber im wesentlichen ankommen, ob die Vertretung im Verhältnis zur Zahl der in betreffender Berufsgruppe Tätigen erfolgt oder ob die Arbeitsgemeinschaft paritätisch, d. h. mit ebensoviel Arbeitnehmern wie Arbeitgebern besetzt sein soll. Nehmen wir den günstigsten Fall an, dem sei so: dann aber ist die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft eine solche, daß der Unternehmer der Totengräber seines eigenen Unternehmens wird, wenn anders Kontrolle und Regelung der Produktion und der Warenverteilung im Sinne der Zwangswirtschaft verstanden wird — und anders kann es nicht wohl verstanden werden. Es ist natürlich nicht möglich, vor näheren Erläuterungen ein abschließendes Urteil zu fällen, aber daß durch diese Art der Arbeitsgemeinschaft jede Unternehmungsfreude unterdrückt werden kann, ist keine Frage. Sie ist die Verwirklichung der Zwangswirtschaft und wird alle die Folgen haben, die diese selbst hat.

Ich betone nochmals, es ist nicht möglich, über das Abkommen ein abschließendes Urteil zu fällen, es wird vor allem auf die genaue Umschreibung der Aufgaben der genannten Körperschaften ankommen, aber eines kann jetzt schon mit unbedingter Sicherheit gesagt werden: Unser Wirtschaftskörper wird oder soll durch diese Neuerungen vollständig umgestaltet werden. Selbst wenn wir annehmen, daß diese Umgestaltung ohne die Produktion zu schwächen möglich ist, was ich nicht glaube, so würden wir teures Lehrgeld bezahlen müssen, das mit jedem Experiment verbunden ist. Können wir uns aber gerade jetzt diesen Luxus leisten? Darauf kann nur mit einem ganz entschiedenen Nein geantwortet werden. Das Lebensmittelabkommen mit unsern Feinden hat gezeigt, wie furchtbar ernst die Lage ist. Wir brauchen Arbeit, um Ausfuhrwaren zu schaffen, wir brauchen Ausfuhrwaren, um Nahrungsmittel zu erhalten, denn für unser, das deutsche Geld liefert das Ausland nichts. Nur das freie Unternehmertum aber wird in der Lage sein, der gewaltigen Aufgabe Herr zu werden. Vernichtet man es, trägt unsre Volkswirtschaft den Schaden und unser Volk wird verhungern.

Die Regierung trägt eine ungeheure Verantwortung. Wir wollen hoffen, daß sie sich dessen bewußt ist und die Sozialisierung so durchführt, daß unsre Volkswirtschaft weiterbestehen kann. Nur in diesem Falle wird und kann das deutsche Volk vor dem Schlimmsten bewahrt bleiben.

Sechsstundenschicht unmöglich

× Bochum, 28. März. Der Direktor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerk- und Hütten-Aktiengesellschaft hat wegen des Antrages der Arbeiter auf Festsetzung der Sechsstundenarbeitszeit von der Regierung folgendes Telegramm erhalten:

Weimar, 27. März. Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 oder 6½ Stunden ist unmöglich, wenn das Wirtschaftsleben wieder in Gang gebracht werden soll. Tausende von Arbeitern müssen feiern, weil die Betriebe keine Kohlen haben. Die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln aus dem Auslande kann nur durchgeführt werden, wenn wir Kohlen in Zahlung geben. Das gesamte deutsche Volk erwartet deshalb, daß die Kohlenförderung gesteigert, nicht aber beeinträchtigt werde. Verkürzung der Arbeitszeit bedingt einen Lohnausfall, weil für sechs Stunden Arbeit nicht der gleiche Lohn gewährt werden kann, wie für acht Stunden. Ein Lohnausgleich wird aber die Erhöhung der Kohlenpreise nötig machen und eine solche Erhöhung kann nicht bewilligt werden. Soll das Wirtschaftsleben in Gang kommen, muß eine Herabsetzung der Kohlenpreise erfolgen. Reichsarbeitsminister: gez. Bauer.

*

Der neue Streik im Ruhr-Gebiet

× Essen, 29. März. Die Zahl der Streikenden beläuft sich heute auf 87 200 gegen 81 600 gestern.

Kommunistischer Demonstrationsumzug in Mülheim a. d. R.

× Mülheim a. d. R., 29. März. Gestern fand hier eine Protestversammlung der kommunistischen Arbeiterschaft gegen die Lebensmittelabfuhr statt. Der Oberbürgermeister erklärte vor der Versammlung, die auf dem Rathausmarkt stattfand, daß er alles tun werde, um die Wünsche der Arbeiterschaft zu erfüllen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die bekannten kommunistischen Forderungen erhoben wurden. Nach der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationszug. Es kam hierbei vielfach zu Belästigungen von Soldaten des Freikorps. Auf dem Kaiserplatze wurde eine Handgranate geworfen, der Täter wurde aber nicht ermittelt. Verletzt wurde niemand.

Besetzung des Düsseldorfer Hafens durch belgische Truppen

* Düsseldorf, 29. März. Eine Abteilung von fünfzig Belgiern hat den Düsseldorfer Hafen besetzt. Diese Besetzung war schon seit einigen Tagen von den Belgiern der Stadtverwaltung angekündigt. Die Entente begründet die Maßnahme damit, daß sie nur durch die Besetzung der rechtsrheinischen Häfen den Schutz des Rhein-Verkehrs gewährleisten könne.

Sozialisierung der Hochseefischerei

× Berlin, 29. März. Die Sozialisierungskommission hat am 20. März der Reichsregierung ihr vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Hochseefischerei überreicht. Bei der starken Bewegung unter den Fischern erscheint die beschleunigte Veröffentlichung dieses Gutachtens geboten, damit es als Grundlage für eine öffentliche Diskussion und für gesetzliche Maßnahmen dienen kann.

Deutsche Nationalversammlung

32. Sitzung

b. Weimar, 29. März. (Eig. Drahtbericht)

Zweite Beratung des Nachtragsetats

Im Namen des Haushaltsausschusses berichtet Abg. Löwe (Soz.) über den Nachtragsetat. Der Ausschuß schlägt vor, dem Reichspräsidenten ein persönliches Gehalt von jährlich 100 000 M. zu gewähren und für die mit dem Amte verbundenen Ausgaben 500 000 M. jährlich auszusetzen. Das ist der 20. Teil der Ausgaben, die das frühere Staatsoberhaupt erforderte. Die Regelung der Pensionsfrage soll in einem besonderen Gesetz erfolgen. Die Mehrheit des Ausschusses hielt eine Pensionsberechtigung des Reichspräsidenten nicht für wünschenswert. Der Reichspräsident Ebert hatte bereits seiner Freude über die im Ausschuß beschlossene Regelung seiner Bezüge Ausdruck gegeben und darauf hingewiesen, daß er schon im Februar einen Vorschlag gemacht habe, der sich fast genau mit dem Kommissionsantrage deckt. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen soll beim ordentlichen Etat geprüft werden. Sicherlich werde man erhebliche Abstriche bei den Wohnungsaufschüssen der Minister machen können. Die früheren Volksbeauftragten hatten monatlich ein Gehalt von 2000 M. bezogen und keiner von ihnen hat irgendwelche Versorgungsansprüche geltend. (Beifall.)

Abg. Burlage (Zentr.): Wir stimmen den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zu und begrüßen es, daß dadurch den Gerüchten über zu hohe Bezüge des Reichspräsidenten der Boden entzogen wird.

Abg. Laukant (Unabh. Soz.): Wir lehnen das Gehalt des Reichspräsidenten ab, weil wir diesen Posten nicht nur für überflüssig, sondern für schädlich halten.

Der Nachtragsetat wird nach dem Antrage des Ausschusses gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Er folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über

die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1919

(Notetat).

Berichterstatter Abg. Becker-Hessen (Deutsche Volksp.) weist darauf hin, daß für den Flugplatz Adlershof und Döberitz noch viele Soldaten unproduktiv arbeiten, anstatt demobilisiert zu werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Für die Offiziere und Mannschaften auf diesen beiden Flugplätzen werden jährlich 50 Millionen ausgegeben, weil diese Offiziere und Mannschaften sich mit aller Macht dagegen wehren, demobilisiert zu werden. Würden sie entlassen, so würden sie keineswegs der Erwerbslosenunterstützung anheimfallen. Es sind z. B. eine Menge Schreiner dort, die jetzt in den Möbelfabriken sehr gesucht sind.

Abg. Dr. Rieser (Deutsche Volksp.): Die Mehrzahl der beim Flugwesen beschäftigten Personen ist

Rund um den Kreuzturm

Die Plakatsäule

Sie steht an der Straßenecke, dicht vor meiner Haustür. Ich kann ihr nicht ausweichen. Jeden Morgen, jeden Abend muß ich an ihrem bunten Turm vorüber. Ich liebe sie fast, weil ich ihr so nahe wohne und jede kleinste Verwandlung an ihrem buntscheckigen Rund bemerke. Ich bin mit all den grellen Flächen und Bildern vertraut, in denen sich ein Stück Dresden, ein Stück Leben spiegelt.

Ich kenne den Ankleber, der am Abend oder am Morgen mit den großen Papierrollen, dem Kleistertopf und der Leiter angefahren kommt. Es ist ein Mann in der Soldatenmütze. Ich staune über seine Geschicklichkeit, mit der er die Papierbogen auf die überkleisterte Fläche streicht. Er tut seine Arbeit mit Liebe. Ehe er ein Plakat, dessen Zeit abgelaufen ist, zuklebt, schaut er es sich noch einmal genau an, danach prüft er den Eindruck der neu bekleideten Säule und es kommt vor, daß er vor sich hinlacht, ehe er Leiter, Rollen und Topf wieder zusammenpackt, um weiterzufahren. Ehe der Mann in der Soldatenmütze kam, versah eine junge Frau mit zwei fünfjährigen Kindern sein Amt. Sie hatte es eiliger, pflegte im Augenblick fertig zu sein mit ihrer Arbeit. Auf dem Wege aber ging sie dicht an den Häuserfronten hin und prüfte jedes Ladenfenster auf seine Auslagen. Die Kinder trugen ihr die Plakatrollen nach. — Der Plakatankleber in der Soldatenmütze ist ein eigentümlicher Kerl. Er hat einen Haß auf alle die großen Plakate, die an den Häusern kleben. Jetzt wütet er gegen Bernhards neues Plakat mit der roten Trommel und dem Aufruf zu den Freiwilligentruppen. Neulich morgens, als die ganze Straße entlang das Plakat fast an jedem Hause klebte, stand er davor und schimpfte laut. Es schien, er war neidisch auf die Konkurrenz, die ihm die Behörden machten. Was hätte er erst gesagt in der Zeit der Wahlen, als jedes Haus gescheckt von Plakatsehen war! Er sollte sich trösten, die Plakate der Revolution sind fast alle ausgezeichnete künstlerische Leistungen. Aber das scheint gerade sein Aerger zu sein. Er freut sich als Mann von Urteil über diese Werke und ist nur eifersüchtig, daß er sie nicht an seine Säule ankleben darf. Er ist sogar sehr „fürs Moderne", wie er mir eines Tages erzählte, als eine der beinahe futuristischen Zeichnungen, in denen zur Arbeit aufgefordert wird, erschienen war. Wir kamen damals ins Gespräch und er führte mich vor seine in Spoglaster Buntheit prahlende Säule.

Er hatte da um das Bild von Adam, Eva und der Schlange, dem Plakat Paul Röslers zur Ausstellung für Geschlechtskrankheiten, drei andre Bilder gehängt, die in eigentümlichem Zusammenhang mit dem Symbol der furchtbaren Seuchen standen. Es waren drei Filmankündigungen. Auf dem einen stand ein entkleidetes Mädchen, die Hand voll Geld, im Spiegel sah man das Bett. „Opfer der Schmach" war darüber geschrieben. Auf dem nächsten sah man eine Frau mit Ketten an den Armen in ein dunkles Tor schreiten: „Der Weg, der zur Verdammnis führt", hieß die Inschrift. Auf dem dritten Bild sah man wieder eine halbentkleidete, mondäne Frauenfigur mit roter Perücke. Auch hier deutete der Titel des Films auf einen Dirnenroman.

Ich mußte meinem Kettelankleber recht geben, daß dieser Filmspielplan einigermaßen einseitig war. Der brave Mann entrüstete sich über die „schlechten Menschen", wie er die Dirnen nannte. Er deutete auf das Plakat der Ausstellung und schob erregt den vornehmen Kokotten und den armen Straßenmädchen alle Schuld zu an der ungeheuren Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten. Er hatte sich einen dieser Films angesehen und wollte mich darüber belehren.

„Mit der Liebe fängt es an", sagte er. „Dann kommt der Kleiderluxus und das gute Leben. Alle die Damen in den Films leben in den feinsten Häusern, haben seidene Kleider die Hülle und Fülle, Halsketten und Fingerringe, das teuerste Schuhwerk und Pelze. Aber von innen sind sie verfault und angefressen. Sie leben ihr gutes Leben nicht lange. Bald sind sie abgelaufen und liegen auf der Straße. So arm und todkrank, daß kein Hund mit ihnen etwas zu tun haben will. In den gemeinsten Kneipen treiben sie ihr Laster fort, bis die Polizei sie festsetzt. Aber wieviel Elend haben sie vorher angerichtet! Alle die jungen Leute, die im Leichtsinn zu ihnen gingen, tragen die furchtbaren Krankheiten in ihr sauberes Elternhaus. Sie wagen es nicht, ihren Eltern alles zu sagen. So lange es geht, verheimlichen sie ihr Leiden und oft erst, wenn es zu spät ist, gehen sie zum Arzt. Alle die jungen Mädchen", fuhr mein neuer Bekannter fort, „die abends „zum Vergnügen" gehen, sollten am nächsten Tag in die Ausstellung an der Lennéstraße gehen. Damit ihnen klar wird, was da heimlich wuchert und frißt und so vieler Menschen Leben zerstört."

Der Kettelankleber zeigte sich als Freund der Aufklärung. Er hatte zwei Töchter und einen Sohn. Mit den Mädchen hätte er seine Schwester in die Ausstellung geschickt. Seine Frau hätte sich „geschuiert", aber seine Schwester war Hebamme. Mit ihr waren die Mädchen gern gegangen. Mit seinem Sohne war er selber in der Ausstellung. Und er war stolz auf diese Tat. Zuerst war es ihm nicht leicht gefallen, von „solchen Sachen" zu reden. Aber dann war alles gut gegangen. Und er war mit seinem Jungen aus der Ausstellung wie zwei gute Kameraden herausgekommen, die einander viel besser kennengelernt hatten.

„Ich weiß", sagte er mir, „wir sind alle keine Heiligen und die jungen Leute können nun einmal doch nicht bis zu ihrer Verheiratung warten. Also vor Geschlechtsleiden bewahren kann sie niemand. Aber in der Ausstellung wird ihnen das eine immer wieder gepredigt: Geht zum Arzt, sobald ihr das geringste spürt! Und jeder erfährt, wie eine solche Krankheit sich zeigt. Ja, ja", schloß er nachdrücklich, „wenn nur die jungen Leute mehr auf die Warnungen hörten, die von dieser Ausstellung ausgehen, und weniger in die Kinos gingen!"

Gewiß wird in diesen Romanen auf der Leinwand das Leben der Kurtisanen recht verlockend dargestellt. Doch schließlich kann man das böse Ende nicht sinnfälliger machen, als wenn man den Sturz aus dem Wohlleben recht kraß darstellt.

Wir verabschiedeten uns. Ich habe meinen Mann seit mehreren Tagen nicht gesehen. Aber seiner Arbeit widme ich um so stärkeres Interesse. Fast täglich sind neue Bilder, neue Worte, Aufrufe, Mahnungen zu sehen: Tanzvergnügen, Eröffnung eines Wellenbades, ein Konzert, Kunstausstellungen und Theater. Aber das Plakat mit Adam, Eva und der Schlange beherrscht in seiner Symbolik die bunte Welt der Plakatsäule.

G.

= Programm für Montag. Opernhaus: „Götterdämmerung", ½5. — Schauspielhaus: „Dies irae", 7. — Albert-Theater: „'s Freien zu Dreien", ½7. — Residenztheater: „Die Geisha", 7. — Zentraltheater: „Die Faschingsfee", 7.

= Mitteilungen der Sächsischen Landestheater. Opernhaus: Montag den 31. März wird der „Ring des Nibelungen" mit der Aufführung der „Götterdämmerung" geschlossen. Besetzung: Brünnhilde: Eva Plaschke-v. d. Osten, Gutrune: Erna Kiebiger-Pelzer, Waltraute: Ottilie Metzger-Lattermann, Siegelinde: Grete Merrem-Nikisch, Elisabeth Rethberg, Minni Wolf, Nornen: Ottilie Metzger-Lattermann, Emilia Pohsert, Margarethe Siems, Siegfried: Fritz Vogelstrom, Gunther: Friedrich Plaschke, Hagen: Georg Zwelmann, Alberich: Ludwig Ermold. Anfang ½6 Uhr. — Paul Apels Traumspiel „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt", dessen letzte Aufführung am 15. Dezember 1911 stattfand, wird unter der Leitung Hanns Fischers neueinstudiert. Die erste Aufführung ist für Donnerstag den 3. April in Aussicht genommen.

= „Die Heimstätten der Sächsischen Landestheater." Die von uns bereits kurz angezeigte Schrift Otto Schmids, die im Verlag Waldheim u. Co. in Dresden erschienen ist, gibt eine knappe Darstellung der Geschichte der Dresdner Hoftheater. Der Verfasser beschreibt in der Hauptsache die Dresdner Opern- und Schauspielhäuser: Jenes erste, 1667 eröffnete „Comoedienhaus", das der berühmte Wolf Kaspar v. Klengel erbaut hatte und das nach alten Chroniken 2000 Menschen gefaßt haben soll, das große „Opernhaus" (1755), in dem Hasse seine Triumphe feierte, das Mingottische und Morettische Theater im Zwinger, schließlich jenes wunderbare, mächtige Rundbautheater, das Gottfried Semper auf dem Opernplatze errichtet hatte und dem nach der unglücklichen Brandkatastrophe von 1869 das heutige Opernhaus folgte. Auch aller Interimstheater und des Sommertheaters auf dem Linckeschen Bade wird gedacht, und natürlich auch der beiden Schauspielhäuser.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919033002/2